

Baum, Thomas M.

**Article — Digitized Version**

## Produktivitätsfortschritt, Wachstum und Lohnpolitik: Aktuelle Aspekte der Kontroverse zwischen Angebots- und Nachfragetheoretikern

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Baum, Thomas M. (1984) : Produktivitätsfortschritt, Wachstum und Lohnpolitik: Aktuelle Aspekte der Kontroverse zwischen Angebots- und Nachfragetheoretikern, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 10, pp. 489-494

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135969>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Produktivitätsfortschritt, Wachstum und Lohnpolitik

## Aktuelle Aspekte der Kontroverse zwischen Angebots- und Nachfragetheoretikern

Thomas M. Baum, Köln

Gerade in der Einschätzung der Produktivitätsentwicklung und der Beurteilung von Lohnerhöhungen zeigen sich zwischen Angebotsökonomern und Keynesianern tiefgreifende Differenzen. Dr. Thomas Baum stellt die unterschiedlichen Standpunkte dar und wendet sich gegen die These, Produktivitätsfortschritte würden Arbeitslosigkeit hervorrufen. Aus der Sicht der Angebotstheorie seien es vielmehr die traditionellen Verteilungsregeln, die einer Lösung der Beschäftigungsprobleme entgegenstünden.

Trotz einiger Annäherungen zwischen den Angebotsökonomern und den keynesianisch orientierten Nachfragetheoretikern gibt es nach wie vor grundsätzliche Unterschiede, die auch in der Beurteilung der Zusammenhänge zwischen Produktivität, Wirtschaftswachstum und Lohnpolitik deutlich hervortreten. Diese Unterschiede lassen sich auf die unterschiedlichen theoretischen Grundannahmen der angebots- und nachfrageorientierten Position zurückführen. Aus keynesianischer Sicht ist das marktwirtschaftliche System inhärent instabil und neigt aufgrund des Unsicherheitsphänomens zu Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität. Aufgrund dieser Sicht des Wirtschaftsprozesses ist bei keynesianisch orientierten Ökonomen eine ausgeprägte Neigung festzustellen, lenkend in den Wirtschaftsprozess einzugreifen. Staatliche Eingriffe sind nach keynesianischer Ansicht notwendig, um die durch das instabile marktwirtschaftliche System ausgelösten Schwankungen zu glätten. Im Mittelpunkt der keynesianischen Überlegungen stehen dabei die Multiplikatorwirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Für solche Multiplikatormodelle ist jedoch charakteristisch, daß Verhaltensänderungen der am Wirtschaftsprozess beteiligten Gruppen keine Rolle spielen. Es wird lediglich auf die *makroökonomischen Kreislaufwirkungen bei konstanten Verhaltensparametern* der Wirtschaftssubjekte abgestellt.

Demgegenüber spielen makroökonomische Aggregate im angebotspolitischen Konzept nur eine unterge-

ordnete Rolle. Der angebotsorientierte Ansatz ist *mikroökonomisch fundiert*, und die Gesamtwirkung einer staatlichen Maßnahme ergibt sich als Summe ihrer Einzelwirkungen, die ihrerseits durchaus eine unterschiedliche Wirkungsrichtung aufweisen können. Im Mittelpunkt stehen die *Anreiz- oder Incentive-Effekte* einer Maßnahme und ihre Wirkung auf die relativen Güter- und Faktorpreise, d. h. die *Verhaltensänderungen*, die bei den einzelnen Wirtschaftseinheiten ausgelöst werden<sup>1</sup>.

Generell ermöglichen die durch den Marktprozeß gegebenen Anreize nach Ansicht der Angebotsökonomern auf mittlere Sicht einen hohen Beschäftigungsstand und ein angemessenes Wirtschaftswachstum. Voraussetzung ist allerdings, daß die Wirtschaftspolitik nicht selbst zur Quelle von Störungen wird, indem sie falsche Anreize setzt und die vom Markt gegebenen Signale verzerrt. Der Staat sollte deshalb so wenig wie möglich in den Marktprozeß eingreifen und lediglich für stabile Rahmenbedingungen sorgen, die genügend rentable

<sup>1</sup> Vgl. zu den grundsätzlichen Unterschieden der nachfrage- und angebotsorientierten Betrachtungsweise vor allem F. A. Hayek: Widerlegte Irrtümer, in: Wirtschaftswoche Nr. 14/1984, S. 134 ff.

<sup>2</sup> Wenn argumentiert wird, die Angebotstheoretiker hätten der keynesianischen These von der inhärenten Instabilität des marktwirtschaftlichen Systems ihre These von der Stabilität der Marktwirtschaft gegenübergestellt, so heißt das nicht, daß die Angebotsökonomern einen völlig stabilen Wachstumsprozeß unterstellen oder gar anstreben, in dem keinerlei Schwankungen vorkommen. Hiergegen spricht nicht zuletzt die von Schumpeter beschriebene Aktivität des dynamischen Pionierunternehmers. Im Gegenteil, ein stabiler Gleichgewichtszustand kann gerade nicht das Ziel eines marktwirtschaftlich orientierten Ökonomen sein. In diesem Sinne auch H. Arndt: Vollbeschäftigung, Einführung in die Theorie und Politik der Beschäftigung, Berlin 1984, S. 25: „Die Funktionen der Marktwirtschaft, auf denen die diesem Wirtschaftssystem eigentümlichen „Selbsteilungskräfte“ beruhen, zeigen sich nicht im Gleichgewicht, sondern im Prozeß.“ Wenn von der Stabilität des marktwirtschaftlichen Systems die Rede ist, so ist damit gemeint, daß ein Wirtschaftssystem, in dem sich die marktwirtschaftlichen Kräfte frei entfalten können, eine im Trend stabile Aufwärtsentwicklung ermöglicht.

Dr. Thomas M. Baum, 30, ist Referent in der volkswirtschaftlichen Abteilung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in Köln.

Produktionsmöglichkeiten zulassen<sup>2</sup>. Der Staat und die Tarifparteien sollen darüber hinaus gewährleisten, daß das Funktionieren der Marktmechanismen nicht auf andere Art behindert wird.

### Die Rolle der Produktivität bei Keynes

Keynes selbst hat die Angebotsseite nie aus den Augen verloren. Allerdings konnten angebotspolitische Restriktionen in der Keyneschen Situation tiefer Depression weitgehend vernachlässigt werden. Nur so ist auch zu erklären, daß der Entwicklung der Produktivität im keynesianischen Konzept praktisch keine Bedeutung beigemessen wird. Keynes sah die Produktivität als nachfragebestimmt an, d. h. solange die Nachfrage hoch ist, kann es keine Produktivitätsprobleme geben. Die Verminderung der Sachkapitalbildung und der trendmäßige Rückgang des Produktivitätsfortschritts, die in den westlichen Industrienationen seit Jahren zu beobachten sind<sup>3</sup>, sind somit im keynesianischen Paradigma eigentlich undenkbar<sup>4</sup>.

In jüngster Zeit ist sogar festzustellen, daß einige nachfrageorientierte Ökonomen den Produktivitätsfortschritt nicht nur nicht beachten, sondern dazu neigen, ihn als Störfaktor anzusehen, der bei gegebenem Wirtschaftswachstum unweigerlich zur Freisetzung von Arbeitskräften führt. Diese Einschätzung des Produktivitätsfortschritts und die Präferenz für lenkende Eingriffe in den Wirtschaftsprozess dürften auch die Neigung der Nachfrageökonomien erklären, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf defensive Konzepte wie z. B. Arbeits-

zeitverkürzung zurückzugreifen. Aus demselben Grund ist die Forderung nach „sozialer Kontrolle“ des technischen Fortschritts bei Vertretern der nachfrageorientierten Betrachtungsweise noch relativ häufig anzutreffen.

Analoge Überlegungen gelten für die Vorschläge zur Finanzierung des sozialen Sicherungssystems. So kommt der immer wiederkehrende Vorschlag, die rein lohnbezogene Bemessungsgrundlage für den Arbeitgeberanteil des Beitrags zur Sozialversicherung solle abgeschafft und durch eine „Maschinensteuer“ ersetzt werden, meist aus dem Lager derjenigen Ökonomen und Politiker, die dem Staat eine lenkende Rolle im Wirtschaftsprozess zumessen. Auch diese Vorschläge betrachten den Produktivitätsfortschritt als gegeben und unabhängig von ökonomischen Überlegungen.

Eine stärker angebotsorientierte Betrachtungsweise sieht in Produktivitätsgewinnen dagegen die zentrale Quelle für Einkommens- und Wohlstandssteigerungen<sup>5</sup>. Produktivitätsfortschritte sind aus dieser Sicht die entscheidende Stütze für die finanzielle Stabilität des Sozialsystems. Eine Maschinensteuer, die den Kapitaleinsatz verteuert, würde dagegen investitions- und produktivitätsfeindlich wirken und damit die finanzielle Grundlage des sozialen Sicherungssystems aushöhlen<sup>6</sup>.

### Die These von der Produktivitätsschere

Wie die Produktivität wird auch das Wirtschaftswachstum von keynesianisch orientierten Ökonomen vorwiegend als Nachfrageproblem betrachtet<sup>7</sup>, wobei der Zusammenhang zwischen Produktivität, Wachstum und Beschäftigung eher mechanistisch gesehen wird. Meist wird mit von ökonomischen Überlegungen weitgehend unabhängigen, gegebenen Wachstums- und Produktivitätsraten argumentiert, so daß sich die Be-

<sup>3</sup> Einen Überblick über die Ursachen der Produktivitätsschwäche gibt z. B. H. Klotz: Produktivität – Vor der Trendwende, in: Wirtschaftswoche Nr. 16/1984, S. 90 ff.

<sup>4</sup> Vgl. P. F. Drucker: Auf dem Wege zur nächsten Wirtschaftstheorie, in: D. Bell, I. Kristol (Hrsg.): Die Krise in der Wirtschaftstheorie, Berlin 1984, S. 8.

<sup>5</sup> Vgl. z. B. W. Engels: Arbeitslosigkeit. Woher sie kommt und wie man sie beheben kann, Frankfurt am Main 1984, S. 7.

<sup>6</sup> Zu einer negativen Beurteilung der Maschinensteuer kamen zuletzt W. Schmähl, K. D. Henke, H. M. Schellhaab: Änderung der Beitragsfinanzierung in der Rentenversicherung? Ökonomische Wirkungen des „Maschinenbeitrags“, Baden-Baden 1984.

<sup>7</sup> Dies ist sicherlich ein Grund dafür, daß die post-keynesianische Wachstumstheorie, wie sie z. B. von Harrod und Domar formuliert wurde, nicht erklären kann, wie der Prozeß des Wirtschaftswachstums in Gang kommt. Die post-keynesianische Wachstumstheorie vermag lediglich die Bedingungen für eine nachfrageseitige Absicherung eines gleichgewichtigen Wachstumsprozesses aufzuzeigen.

## WELTKONJUNKTUR DIENST

Jahresbezugspreis  
DM 80,-  
ISSN 0342-6335

Der Vierteljahresbericht, der von der Konjunkturabteilung des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg erarbeitet wird, analysiert und prognostiziert die wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten westlichen Industrienationen sowie auf den Weltrohstoffmärkten.

schäftigung als Restgröße eines definitorischen Zusammenhangs ergibt.

Derartige Betrachtungen liegen insbesondere der These zugrunde, es existiere eine sogenannte „Produktivitätsschere“, gemäß der die Produktivitätsentwicklung der Wachstumsentwicklung vorausseile und dadurch zur Arbeitslosigkeit führe. Diese These muß indessen als durch die empirische Entwicklung widerlegt gelten. Tatsächlich ist nämlich die sogenannte „Beschäftigungsschwelle“, die zu einer Beschäftigungszunahme führt, aufgrund einer trendmäßigen Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts gegenüber der zweiten Hälfte der 60er Jahre deutlich gesunken. Führt damals erst ein reales Wachstum von 4 bis 4,5 % zu einer steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften, so ist dies heute schon bei einer Wachstumsrate von 2 bis 2,5 % der Fall<sup>8</sup>. Im Rahmen der Strukturberichterstattung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute ist überdies offensichtlich geworden, daß die größten Arbeitsplatzverluste in denjenigen Wirtschaftsbereichen aufgetreten sind, in denen die Steigerung der Arbeitsproduktivität unterdurchschnittlich war<sup>9</sup>.

Auch die internationalen Erfahrungen widersprechen der Vorstellung einer naturgesetzlichen Scherenbildung zwischen Produktivität und Wirtschaftswachstum, die Arbeitslosigkeit auslöst. Die Erfahrung, daß bereits moderate Wachstumsraten zu einer Zunahme der Beschäftigung führen, hat sich nicht nur für die USA bestätigt, wo die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 1975 und 1983 bei einem durchschnittlichen realen Wirtschaftswachstum von 2,8 % um etwa 15 Millionen zugenommen hat. Auch im gesamten Bereich der OECD stieg die Beschäftigung in der aufgrund der beiden Ölkrisen wirtschaftlich sehr kritischen Zeit zwischen 1973 und 1981 um jährlich 0,9 %, wobei das durchschnittliche reale

<sup>8</sup> Vgl. J. H u s m a n n : Mehr Beschäftigung durch Wirtschaftswachstum, in: Die Sparkasse 1984, S. 186; sowie B. H o f : Beschäftigungsschwellen und Reallohnentwicklung, in: iw-trends Heft 1/1984, S. 11 ff. Auch Mertens geht neuerdings von einer Beschäftigungsschwelle aus, die bei 2,5 bis 3 % liegt. Früher war das von Mertens geleitete Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg von wesentlich höheren Beschäftigungsschwellen ausgegangen. Das HWWA weist allerdings im Rahmen der Strukturberichterstattung darauf hin, daß Wachstumsraten von 2 bis 2,5 % aufgrund des Mangels an wirtschaftlicher Dynamik heute schwieriger zu erreichen sind als früher 4 bis 4,5 %. Vgl. HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung: Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft, Strukturbericht 1983, S. 7.

<sup>9</sup> Vgl. z. B. DIW-Wochenbericht 6/84, S. 64. Vgl. auch D. W i n k l e r - B ü t t n e r : Anhaltender Wandel der Beschäftigungsstruktur, in: Konjunktur von morgen Nr. 667/1984.

<sup>10</sup> Eigene Berechnungen auf der Basis des OECD-Employment Outlook, September 1983, S. 15. Die durchschnittliche jährliche Produktivitätssteigerung betrug ca. 1,6 %. Im übrigen erscheint an dieser Stelle der Hinweis wichtig, daß es bei der Frage, inwieweit Wachstum und Produktivität die Zahl der Arbeitsplätze einer Volkswirtschaft beeinflusst haben, auf die Pro-Kopf-Produktivität und nicht auf die Stundenproduktivität ankommt. Im Rahmen einer Ex-post-Betrachtung ist nämlich ein Teil des Anstiegs der Stundenproduktivität definitionsgemäß nur der Reflex der eingetretenen Arbeitszeitverkürzungen.

Wachstum 2,6 % betrug<sup>10</sup>. In der Bundesrepublik ist die Zahl der Erwerbstätigen indessen seit Mitte der 70er Jahre zurückgegangen. Für die gleichzeitige Zunahme der Arbeitslosigkeit sind neben der demographischen Entwicklung, die zweifellos eine große Rolle gespielt hat, vor allem die Verschlechterung der Angebotsbedingungen und die Behinderung von marktwirtschaftlichen Anpassungsprozessen im Verlauf der 70er Jahre verantwortlich<sup>11</sup>.

### Angebotspolitische Einschätzung

Hiermit dürfte auch die angebotspolitische Beurteilung der Beschäftigungsentwicklung der letzten zehn Jahre umschrieben sein, denn aus angebotspolitischer Sicht ist die Entwicklung von Produktivität, Wachstum und Beschäftigung vor allem von der Entwicklung der unternehmerischen Erlös-Kosten-Relation abhängig<sup>12</sup>. Eine Erhöhung der Produktionskosten insgesamt würde danach die Zahl der rentablen Arbeitsplätze senken, eine Erhöhung speziell der Arbeitskosten würde zudem den Produktivitätsfortschritt in eine arbeitssparende Richtung forcieren.

Insgesamt wird der Produktivitätsfortschritt von den Angebotsökonomern jedoch als beschäftigungsfördernd eingeschätzt, weil er die Erlös-Kosten-Relation verbessert und über Produktinnovationen neue Nachfragepotentiale erschließt: „Die Arbeitsmarktprobleme, vor denen wir heute stehen, ... sind nicht Ergebnis vollzogener, sondern verpaßter technischer Entwicklungen.“<sup>13</sup>

Für die Höhe der Beschäftigung ist selbstverständlich nicht der Produktivitätsfortschritt als solcher, sondern das Verhältnis der betrieblichen Kostensteigerungen zur Produktivitätssteigerung entscheidend. Aufgrund des hohen Gewichts der Arbeitskosten kommt somit der Lohn- und Tarifpolitik eine zentrale Bedeutung zu.

### Beurteilung von Lohnerhöhungen

Gerade in der Beurteilung von Lohnerhöhungen treten jedoch die Unterschiede zwischen Angebots- und Nachfragetheoretikern deutlich hervor. Die Nachfrageökonomern stellen aufgrund der Betonung der Kreislaufeffekte vor allem den *Kaufkraftaspekt*, d. h. die durch Lohnerhöhungen ermöglichten Konsumsteigerungen in den Vordergrund, während die angebots-

<sup>11</sup> Vgl. zur Beurteilung der ökonomischen Rahmenbedingungen in Europa T. B a u m : Causes of the Growth Crisis in the EC Countries and Strategies for Overcoming it, in: INTERECONOMICS, No. 2, 19th Year, 1984, S. 57 ff.

<sup>12</sup> Vgl. z. B. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Ein Schritt voran, Jahresgutachten 1983/84, Stuttgart und Mainz 1983, Tz. 348.

<sup>13</sup> E. S t a u d t : Eine neue Dimension der Rationalisierung, in: Blick durch die Wirtschaft vom 27. 10. 1983, S. 3.

orientierte Betrachtungsweise den *Kostenaspekt* der Löhne hervorhebt, der zu einer Verminderung der Investitionstätigkeit führen kann. Obwohl die Kreislaufwirkungen der Löhne nicht völlig vernachlässigt werden dürfen, überwiegt aus angebotstheoretischer Sicht der Kosteneffekt einer Lohnsteigerung, sofern er nicht durch Produktivitätssteigerungen kompensiert wird, den Kaufkrafteffekt bei weitem<sup>14</sup>. Dies ist zum einen auf die zahlreichen kreislaufmäßigen Entzugswirkungen zurückzuführen, die daraus resultieren, daß ein Teil der Nettolohnerhöhung für die Ersparnis und für Importe verwendet wird<sup>15</sup>. Zum anderen beschränkt sich der Kosteneffekt nicht nur auf die an die Arbeitnehmer ausbezahlten Beträge, sondern schließt neben dem Entgelt für geleistete Arbeit auch noch die Personalzusatzkosten ein, die sich in der Industrie seit 1966 nahezu sechsfach haben<sup>16</sup>.

Aus angebotstheoretischer Sicht ist vor allem entscheidend, inwieweit Reallohnsteigerungen durch Produktivitätsfortschritte kompensiert werden können. Bei Vollbeschäftigung würde eine Erhöhung der Reallöhne im Ausmaß des Produktivitätsfortschritts die Beschäfti-

gungschancen der Arbeitnehmer von der Lohnkosten-*seite her nicht beeinträchtigen*. In Phasen der Unterbeschäftigung stünde eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik dagegen einer Verbesserung der Beschäftigungslage entgegen, weil ein Teil des realisierten Produktivitätsfortschritts allein auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß weniger produktive Grenzbetriebe durch Insolvenz aus dem Wirtschaftsprozess ausgeschieden sind und weniger leistungsfähige Arbeitnehmer aufgrund des Produktionsrückgangs freigesetzt wurden<sup>17</sup>.

#### Inadäquate traditionelle Regeln

In diesem Zusammenhang stellt sich die generelle Frage, inwieweit traditionelle Verteilungsregeln, die wie z. B. das Konzept der produktivitätsorientierten Lohnpolitik oder das Konzept der kostenniveau-neutralen Lohnpolitik im wesentlichen auf Verteilungsneutralität ausgerichtet<sup>18</sup> sind, den gegenwärtigen beschäftigungspolitischen Notwendigkeiten noch gerecht werden. Es fällt z. B. auf, daß die bereinigte Lohnquote in der Gesamtwirtschaft nach ihrem Anstieg um 3,5 Prozentpunkte in der ersten Hälfte der 70er Jahre mittler-

<sup>14</sup> Vgl. z. B. T. V a j n a : Das Kaufkraftargument, Köln 1982, S. 19 ff.

<sup>15</sup> Wird ein Teil der von der Bruttolohnerhöhung einbehaltenen Einkommensteuer zur Konsolidierung des Staatshaushalts verwendet, so ergibt sich ceteris paribus ein zusätzlicher kontraktiver Impuls, dem allerdings expansive Impulse auf der Angebotsseite gegenüberstehen können.

<sup>16</sup> Vgl. E. H e m m e r : Personalzusatzkosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor, in: iw-trends Heft 2/1984, S. 24.

<sup>17</sup> Vgl. z. B. W. E n g e l s , a.a.O., S. 7.

<sup>18</sup> So bleibt bei einer Erhöhung der Reallöhne im Ausmaß des Produktivitätsfortschritts die Lohnquote konstant.

#### NEUERSCHEINUNG

### SCHRIFTEN DES ZENTRUMS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNGSFORSCHUNG DER JUSTUS-LIEBIG-UNIVERSITÄT GIESSEN BD. 26

Klaus-J. Windeck

#### STRUKTURELLE PLANUNG MEHREBENENPLANUNG IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Wesentlichen Anteil an der Entwicklung dezentralisierter Planungsmodelle hatte das Development Research Center der Weltbank, das das Konzept der Mehrebenenplanung (Multi-Level Planning) entwickelte. In der vorliegenden Studie werden die Möglichkeiten der Mehrebenenplanung zunächst abstrakt abgeleitet und dann anhand von zwei Fallstudien aus Mexiko und der Elfenbeinküste analysiert.

Großoktav, 328 Seiten, 1984, Preis brosch. DM 59,-

ISBN 3-87895-252-X

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

weile wieder annähernd auf das Niveau von 1970 zurückgefallen ist, als noch annähernd Vollbeschäftigung herrschte. Trotzdem wurden Anfang 1984 über 2 Mill. Arbeitslose gezählt.

Diese Diskrepanz mag zum einen auf die begrenzte Aussagefähigkeit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) im Hinblick auf die Entwicklung der Unternehmensgewinne zurückzuführen sein. So sollen von der VGR „die Produktionsvorgänge und die wirtschaftliche Leistung der Volkswirtschaft in einer Periode möglichst frei von rein preisbedingten Einflüssen oder von außerordentlichen Erträgen und Verlusten dargestellt werden, um so die hinter den Werten stehenden ‚realen‘ Vorgänge sichtbar zu machen“<sup>19</sup>. Außerordentliche Aufwendungen und Erträge wie z. B. Forderungsausfälle infolge der Insolvenz von Geschäftspartnern sind daher in der VGR nicht berücksichtigt. Hinzu kommt, daß die in der VGR ausgewiesenen Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen auch die Vermögenseinkommen und Einkünfte aus selbständiger Arbeit der Arbeitnehmer- und Rentner-Haushalte enthalten, die sich im vergangenen Jahrzehnt überdurchschnittlich erhöht haben.

Auch die in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Bundesbankgewinne, die allgemeinen Wirtschaftseinkünfte des Staates und die Einkünfte der Landwirtschaft sind in den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen enthalten. Bei der Betrachtung der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, auf deren Entwicklung oft in Untersuchungen über die Frage abgestellt wird, inwieweit die Unternehmensgewinne zur Investitionsfinanzierung verwendet wurden, ist zusätzlich zu beachten, daß sie noch die Aufwendungen der Selbständigen für ihre Altersvorsorge und Krankenversicherung enthalten. Außerdem werden Einkommensteuererstattungen an Arbeitnehmer nach § 46 EStG im Gegensatz zur Wirklichkeit statistisch den Unternehmenserträgen zugeordnet<sup>20</sup>.

### **Neue Konzepte erforderlich**

Wichtiger als diese methodischen Probleme erscheint allerdings, daß das Beschäftigungsziel in den herkömmlichen Verteilungskonzepten nicht klar in den Vordergrund gerückt wird. Die Arbeitslosen, über deren Schicksal im Rahmen der Lohnpolitik entschieden wird, werden in diesen Konzepten nicht berücksichtigt. Aus diesem Grund ist es angezeigt, neue Konzepte einer

beschäftigungsorientierten Lohnpolitik zu diskutieren, und in diesen Konzepten müssen angebotstheoretische Überlegungen stärker als bisher zur Geltung kommen. Eine neue Lohnformel hat insbesondere zu berücksichtigen, daß der nach traditionellen Kriterien ermittelte Produktivitätsfortschritt in Phasen hoher Arbeitslosigkeit nicht in vollem Umfang an die Beschäftigten verteilt werden kann.

Die nachfrageorientierte Argumentation wird diesem Vorschlag entgegengehalten, daß seine Realisierung mit Kaufkraftverlusten der Arbeitnehmer verbunden wäre und deshalb kontraktive Effekte zur Folge hätte. Ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Kaufkraft im Gefolge einer moderaten Lohnpolitik ist indessen nicht zwingend. Der obige Einwand läßt nämlich die durch eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik ausgelöste Beschäftigungszunahme, die zu einer Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Kaufkraft führt, außer Betracht. Außerdem trägt eine an den beschäftigungspolitischen Erfordernissen ausgerichtete Lohnpolitik zur Kosten- und Preisniveaustabilisierung bei und leistet damit einen Beitrag zur Steigerung der realen Kaufkraft<sup>21</sup>.

### **Internationale Aspekte**

Die durch eine moderate Lohnpolitik ermöglichten Erfolge an der Inflationsfront kommen überdies der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Volkswirtschaft zugute und erhöhen damit die Sicherheit der bestehenden Arbeitsplätze. Vor allem von seiten der Gewerkschaften wird immer wieder behauptet, eine Erhöhung der Arbeitskosten würde die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Volkswirtschaft nicht tangieren, da die Kostensteigerung bei flexiblen Wechselkursen vollständig durch eine Abwertung der heimischen Währung kompensiert würde<sup>22</sup>. Selbst wenn diese These zutreffen würde – es gibt gute Gründe, die gegen die behauptete vollständige Kompensation sprechen<sup>23</sup> –, so wäre die Gefahr für die inländischen Ar-

---

<sup>21</sup> „Es spricht viel dafür, daß sich aus dem Zusammenhang von geringeren Lohnzuwächsen und niedrigeren Inflationsraten eine höhere Nachfrage der privaten Haushalte ergibt.“ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Mehr Wachstum, mehr Beschäftigung, Jahresgutachten 1977/78, Stuttgart und Mainz 1977, Tz. 365.

<sup>22</sup> Vgl. auch Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Erhöhter Handlungsbedarf im Strukturwandel. Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft, Strukturberichterstattung 1983, Berlin 1983, S. 197 f. Darüber hinaus wird die Wettbewerbsfähigkeit oft lediglich anhand des Leistungsbilanzsaldos einer Volkswirtschaft beurteilt, ohne die Entwicklung des realen Außenwerts der heimischen Währung in die Betrachtung einzubeziehen. Vgl. hierzu die klärende Analyse von A. G u t o w s k i: Internationale Wettbewerbsposition und Realeinkommen, Volkswirtschaftliche Korrespondenz der Adolf-Weber-Stiftung, 1983, Nr. 9.

<sup>23</sup> Vgl. hierzu M. N e u m a n n: Arbeitszeitverkürzung gegen Arbeitslosigkeit?, Berlin 1984, S. 43 ff.

<sup>19</sup> Vgl. H. L ü t z e l und Mitarbeiter: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 1. Halbjahr 1983, in: Wirtschaft und Statistik 1983, S. 670.

<sup>20</sup> Vgl. H. L ü t z e l und Mitarbeiter: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1983, in: Wirtschaft und Statistik 1984, S. 218 f.

beitsplätze dennoch nicht gebannt, denn die Abwertung würde zu einer Erhöhung des Preisniveaus im Inland führen. Läßt die Bundesbank die Preisniveausteigerung zu, so sinken die reale Kaufkraft und die reale Nachfrage im Inland. Außerdem wird infolge der Abwertung das inländische Zinsniveau steigen, weil die Kapitalanleger andernfalls ihr Kapital ins Ausland transferieren. Beides führt zu einer Gefährdung der inländischen Arbeitsplätze. Diese tritt indessen auch ein, wenn die Bundesbank restriktive Gegenmaßnahmen ergreift, um der Inflation und dem Vertrauensverlust in die eigene Währung entgegenzuwirken.

### Verantwortung der Notenbank

Im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen Lohn- und Preisniveauserhöhungen ist von verschiedener Seite vorgeschlagen worden, die Tarifparteien stärker in die Verantwortung für den Geldwert und dafür die Notenbank stärker in die Verantwortung für die Beschäftigung zu nehmen<sup>24</sup>. Da aus angebotspolitischer Sicht zwischen dem Beschäftigungsziel und dem Ziel der Preisniveaustabilität keine Konkurrenz besteht, sondern eine niedrige Inflationsrate der Beschäftigung im Gegenteil förderlich ist<sup>25</sup>, wird kein Angebotsökonom die stabilitätspolitische Verantwortung der Tarifpartner bestreiten. Denn eine Tarifpolitik, die Rücksicht auf den Geldwert nimmt, kann verhindern, daß sich die Notenbank früher oder später zu einer „Disziplinierung der Tarifpartner“ gezwungen sieht und dadurch – zumindest kurzfristig – eine Abnahme der Beschäftigung bewirkt<sup>26</sup>.

Gegen eine stärkere Verpflichtung der Notenbank auf das Beschäftigungsziel bestehen indessen erhebliche Bedenken, denn hinter derartigen Vorschlägen steckt offensichtlich die Absicht, die Bundesbank stärker auf eine antizyklische Geldpolitik zu verpflichten. Auf diese Weise wäre nicht nur die Preisniveaustabilität, sondern vor allem die Unabhängigkeit der bisher primär auf das Ziel der Währungsstabilität verpflichteten Bundesbank gefährdet<sup>27</sup>.

Im übrigen stellt sich die Frage einer gesonderten Verpflichtung der Notenbank auf das Beschäftigungsziel in langfristiger Sicht überhaupt nicht, denn langfristig dient die Bundesbank durch eine erfolgreiche Anti-Inflationspolitik ohnehin dem Beschäftigungsziel, wäh-

rend kurzfristige Ad-hoc-Interventionen die Inflationsrate erhöhen und damit die Beschäftigung langfristig negativ beeinträchtigen würden.

### Fazit

Die obigen Ausführungen haben gezeigt, daß unter den derzeitigen Bedingungen eine angebotsorientierte Wachstumspolitik weiterhin den Hauptbeitrag zur Lösung der Beschäftigungsprobleme leisten muß. Dabei ist nicht allein die Lohn- und Tarifpolitik angesprochen. Auch die Finanzpolitik und die Sozialpolitik müssen zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beitragen. Neben einem Abbau beschäftigungshemmender Regelungen bedarf es darüber hinaus einer konsequenten Förderung des technischen Fortschritts, die über Produktivitätssteigerungen Kostensenkungen ermöglicht und über Produktinnovationen neue Nachfragepotentiale erschließt. Ein nachhaltiger Abbau der Arbeitslosigkeit ist indessen nur möglich, wenn die tarifliche Lohn- und Verteilungspolitik, die den größten volkswirtschaftlichen Kostenfaktor beeinflusst, nicht mehr allein die Interessen der jeweils Beschäftigten, sondern auch die Interessen der Arbeitslosen berücksichtigt. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muß als zentrales Ziel in den Mittelpunkt der Tarifpolitik gestellt werden, während Umverteilungsgedanken in den Hintergrund zu treten haben. Eine am Beschäftigungsziel ausgerichtete moderate Tarifpolitik ist nicht zuletzt deshalb notwendig, weil wichtige Konkurrenzländer trotz der seit 1980 gemäßigten Entwicklung der Lohnstückkosten nach wie vor besser dastehen als die Bundesrepublik. So geht z. B. aus dem Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1983 hervor, daß sich die wechselkursbereinigten Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe der Bundesrepublik gegenüber 13 wichtigen Handelspartnern zwischen 1976 und 1978 um 8 % erhöht haben und daß sie 1983 trotz der inzwischen eingetretenen Abschwächung des Lohnkostenanstiegs und einer Abwertung der D-Mark immer noch ein gegenüber den Konkurrenzländern um 4 % erhöhtes Niveau aufweisen<sup>28</sup>.

<sup>27</sup> Solche Bedenken sind bei nachfrageorientierten Ökonomen aufgrund ihrer Präferenz für lenkende Eingriffe des Staates möglicherweise weniger ausgeprägt. In der Tat hat es in der Vergangenheit nicht an Versuchen gefehlt, die Unabhängigkeit der Bundesbank einzuschränken. Bisher scheiterten derartige Versuche jedoch vor allem am Widerstand der Öffentlichkeit, die eine autonome Bundesbank nach wie vor als Garant für eine wirksame Politik der Preisniveaustabilität ansieht. Vgl. S. Ziffz er: Grenzen der Staatsverschuldung, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1980, S. 502.

<sup>28</sup> Vgl. Deutsche Bundesbank: Geschäftsbericht 1983, S. 57. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat außerdem festgestellt, daß die Lohnstückkosten in der amerikanischen Industrie trotz der inzwischen realisierten Abwertungsgewinne der Bundesrepublik noch um 12 % unter den deutschen liegen. Die japanische Industrie hat sogar um 17 % niedrigere Lohnstückkosten. Vgl. iwd Nr. 31/1984, S. 3.

<sup>24</sup> Vgl. H. J. K r u p p: Lohnpolitik und Vermögensbildung – Wege aus der verteilungs- und beschäftigungspolitischen Sackgasse?, Vortrag vor dem Gesprächskreis „Politik und Wirtschaft“ des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert Stiftung, Bonn 1984, S. 8.

<sup>25</sup> Vgl. auch U. G r ö s c h e l: Die Inflation als Bestimmungsgröße der Arbeitslosigkeit. Wandel im Erkenntnisstand der Wirtschaftstheorie, in: Die Sparkasse 1984, S. 26 ff.

<sup>26</sup> Vgl. H. J. R i e s e: Wirtschaftspolitik unter dem Regime der Stagnation, in: Konjunkturpolitik 1981, S. 239.